

CDU-Generalsekretär Dr. Helmut Linssen, MdL:

Konfuse SPD behindert Energie-Export

Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Helmut Linssen hat den bevorstehenden Kauf des Hochtemperatur-Reaktors durch die Sowjetunion als „entscheidenden Erfolg der NRW-Energietechnik“ gewertet. Es müsse aber festgehalten werden, daß dieses Milliarden-Geschäft völlig an der NRW-Landesregierung vorbei und trotz wirrer sozialdemokratischer Ausstiegs-Diskussionen zustandegekommen sei.

Linssen: „Es hat sich gezeigt, daß sich zukunftsweisende und sichere NRW-Energietechnik auch gegen konfuse Ausstiegspläne der NRW-SPD international durchsetzt.“

Bezeichnend sei, daß die Landesregierung vom Milliarden-Geschäft mit Moskau nach eigener Einschätzung „völlig über- rascht“ worden sei. Linssen: „Wir sind bereits soweit, daß das Hersteller-Kon- sortium an der Landesregierung vorbei seine Marktchancen nutzen muß. Wäh- rend Lothar Späth persönlich für sein Bundesland im Ausland Milliarden-Auf- träge aquiriert, übernimmt das für Nord- rhein-Westfalen der Bundeskanzler. Johannes Rau ist wieder einmal wegge- taucht.“

Linssen forderte den Ministerpräsidenten auf, endlich die völlig konfuse Energie- politik in SPD und Landesregierung neu zu formulieren. „Dies ist die Vorausset- zung dafür, daß sichere Energietechniken aus NRW in ihren guten Marktchancen nicht weiter behindert werden. Nur so können bei uns im Land zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und in den

Nachbarländern unsichere und veraltete Reaktortechniken ersetzt werden.“

Linssen: „Es ist schon grotesk, daß Firmen aus NRW weltweit Energie-High-Tech vermarkten, die von der eigenen Landes- regierung diffamiert wird.“

Blüm bei der SIHK

Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm spricht am 13. Dezember 1988 auf der traditionellen Jahresveranstal- tung der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen (SIHK). Vor über 1 000 Gästen im Hagener Stadttheater wird Blüm dabei unter anderem auf aktuelle Fragen der Reformpolitik der Bundesregierung eingehen. Zuvor wird Kammerpräsi- dent Dipl.-Ing. Gerhard Schloemer zur wirtschaftspolitischen Situation Stellung nehmen. Das Schlußwort spricht wie in jedem Jahr Hauptge- schäftsführer Runar Enwaldt.



Hubert Doppmeier, MdL:

Aussiedler-Zuzug bei Aufnahmequote für Asylbewerber berücksichtigen

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Hubert Doppmeier, hat vorgeschlagen, Städte und Gemeinden, die einen besonders starken Anteil an deutschen Aussiedlern unterbringen und integrieren, von der Übernahmeverpflichtung für Asylbewerber freizustellen.

Doppmeier nannte insbesondere die kreisfreien Städte Leverkusen, Köln, Bielefeld, Wuppertal und Krefeld sowie Hagen, Hamm, Dortmund, Bochum, Remscheid, Düsseldorf und die Kreise Paderborn, Lippe, Oberbergischer Kreis, Unna und Minden-Lübbecke. „Wir dürfen diese Kommunen, die einen überproportionalen Zuzug von Aussiedlern erleben und die damit verbundenen Wohnungsprobleme zu bewältigen haben,

nicht allein lassen.“ Es müsse einen Lastenausgleich geben zwischen den unterschiedlich von den Aussiedlern als Wohnort gewählten Kommunen, forderte Doppmeier.

Als „empörend und diskriminierend“ bezeichnete Doppmeier die Bewertung des stellv. SPD-Bundesvorsitzenden Lafontaine, der die besondere Hilfe der Bundesregierung für Deutsche aus Osteuropa als „Deutschtümerei“ abqualifiziert habe. Doppmeier: „Es grenzt an Verfassungsbruch, wenn der Ministerpräsident des Saarlandes unseren deutschen Mitbürgern selbstverständliche Rechte mit beifällheischenden Sprüchen entzieht.“

Doppmeier appellierte an den stellv. SPD-Bundesvorsitzenden Johannes Rau, die Deutschen aus Osteuropa vor dieser „unglaublichen Entgleisung“ seines Amtskollegen in Schutz zu nehmen. Es müsse für jeden Demokraten selbstverständlich sein, daß es für alle Deutsche gleiche Verfassungsrechte gebe und es nicht Deutsche zweiter Klasse geben dürfe. Lafontaine habe mit seinen diskriminierenden und leichtfertigen Äußerungen hunderttausende neuer Mitbürger, die ein schweres Schicksal hinter sich haben, pauschal das Recht auf ihre deutsche Identität abgesprochen.

Schneller Brüter: JU fragt Industrie

Die Junge Union NRW forderte kürzlich die Betreibergesellschaft des Schnellen Brütters in Kalkar auf, eindeutig zu erklären, ob und unter welchen Bedingungen der Schnelle Brüter noch gewollt wird. Die JU ist der Auffassung, als reines Forschungsprojekt sei er durchaus sinnvoll, obwohl er energiewirtschaftlich nicht gebraucht werde. Von der Landesregierung fordert die JU, das Genehmigungsverfahren zügig nach Recht und Gesetz durchzuführen und dabei allen Sicherheitsfragen höchste Priorität einzuräumen.

Hartmut Schauerte, MdL:

Hilfe für Aussiedler halbherzig Land läßt Kommunen im Stich

Als „halbherzig und deshalb schon im Ansatz gescheitert“ hat CDU-Finanzexperte Hartmut Schauerte das von der Landesregierung vorgelegte Hilfsprogramm für Aussiedler kritisiert. Bei genauem Hinsehen, so Schauerte, werde klar, daß im Land Nordrhein-Westfalen insgesamt nur 4 000 Wohnungen zusätzlich entstehen, die zu zwei Drittel vom Bund bezahlt werden.

Die Mittel für den Bau weiterer 5 000 Wohnungen „werden schlicht aus dem Mietwohnungsbau und der zweckgebundenen Fehlbelegerabgabe umgeleitet, diese Wohnungen wären ohnehin entstanden“, erklärte der CDU-Abgeordnete. Die vom Landeskabinett nun endlich beschlossene anteilige Finanzierung des Bund-Länder-Sonderprogramms mit 40 Millionen Mark begrüßte Schauerte grundsätzlich, sie reiche aber bei weitem nicht aus. „Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“.

Schauerte: „Tatsächlich verweigert das Land nach wie vor einen angemessenen Beitrag zur Behebung der Wohnungsnot. Die Kommunen werden im Stich gelassen.“

Schauerte appellierte an die Landesregierung, durch Einsatz des Landeswoh-

nungsbauvermögens Mittel für den Bau von insgesamt jährlich 10 000 Aussiedler-Wohnungen bereitzustellen, wie es die CDU-Fraktion bereits mehrfach gefordert habe. „Wir müssen klotzen, nicht kleckern.“

Schauerte machte gleichzeitig für die CDU-Fraktion klar, daß die vom Kabinett beschlossene Aufstockung des Etats 1989 um ca. 500 Millionen, die nur zum Teil der Integration der Aussiedler zugute komme, keinesfalls durch neue Kreditaufnahme finanziert werden dürfe. „Wir gehen davon aus, daß die durch die erfolgreiche Bonner Steuer- und Wirtschaftspolitik stark steigenden Steuereinnahmen ausreichen, um die Deckungslücke von knapp 400 Millionen Mark zu finanzieren.“

Deutschlandpolitischer Kongreß

Das Ruhrinstitut für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung e. V. veranstaltet in der Zeit vom 17. bis 19. November 1988 in Essen einen deutschlandpolitischen Kongreß. Prof. Dr. Heinz J. Kiefer, der Vorstandsvorsitzende des Instituts, referiert am ersten Tag der Veranstaltung über „die offene Deutsche Frage als strategischen Schlüssel für Gesamteuropa“.

In einem weiteren wichtigen Beitrag stellt die Bundesministerin für Innerdeutsche Beziehungen, Dr. Dorothee Wilms, das deutschlandpolitische Konzept der Bundesregierung vor. Auskünfte über die Veranstaltung gibt das Ruhrinstitut, Hans-Luther-Allee 23, 4300 Essen 1.

Termine

9. 11. 1988	19.00 Uhr	Podiumsdiskussion WIV BV Ruhrgebiet „Bedeutung der Kirchenkunst für das Ruhrgebiet“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-51)	Unna
10. 11. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Bundesminister Schäuble (Auskünfte: Herr Lehnen, Tel. [02 11] 1 36 00-50)	Köln
11. 11. 1988	10.00 Uhr	Tagung für Künstler, Journalisten und Programm-Macher bei Funk, Film und Fernsehen „Neue Medien — Neue Chancen?“ (Auskünfte: Konrad-Adenauer- Stiftung, Tel. [022 36] 70 71)	Köln
11./12. 11. 1988		5. Landesparteitag	Aachen
15. 11. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
19. 11. 1988		Landestagung SU Nordrhein-Westfalen	
27. 11. 1988	9.30 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen Gedenkgottesdienst, St. Andreas	
	10.45 Uhr	Gedenkfeier 1988 mit BM Prof. Rita Süßmuth, Kolpinghaus	Köln
1. 12. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
2. 12. 1988	9.00 Uhr	Landesdelegiertentagung AGRAR Nordrhein-Westfalen mit Ignaz Kiechle, BM Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-49)	Dortmund
6. 12. 1988	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
8. 12. 1988	18.00 Uhr	Podiumsdiskussion WIV BV Ruhrgebiet „Städtische Kultur- politik und Wirtschaftsförderung“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-51)	Dortmund
10. 12. 1988		KPV/NW 28. Delegiertenversammlung „Europa — Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung in der EG“	Duisburg